

## **Straflosigkeit an EU-Außengrenzen: Migrantenrechte im Fokus**

Ein EU-Bericht kritisiert die Straflosigkeit von Grenzbeamten bei Menschenrechtsverletzungen gegen Migranten an der EU-Außengrenze.

In den letzten Jahren sind Berichte über Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen immer häufiger geworden. Ein neuer Bericht der Grundrechteagentur der Europäischen Union (FRA) hat nun alarmierende Daten zu Tage gefördert, die auf einen besorgniserregenden Trend hinweisen: die vermeintliche Straflosigkeit von Grenzbeamten.

### **Die Hintergründe der Berichterstattung**

Der Bericht, der sich auf die EU-Außengrenzen konzentriert, untersucht Fälle von Gewalt, Misshandlungen und anderen schwerwiegenden Vorwürfen, die Migranten und Flüchtlinge betreffen. Diese Vorfälle ereignen sich nicht nur im Mittelmeer oder am Balkan, sondern erstrecken sich über die gesamte Grenze der Europäischen Union. Fachleute und Menschenrechtsorganisationen haben auf das Problem hingewiesen, doch die Reaktionen scheinen unzureichend zu sein.

### **Die Zahlen im Detail**

Zwischen 2020 und 2023 identifizierte die FRA insgesamt 118 disziplinaire Untersuchungen gegen Grenzbeamte in 16 verschiedenen Ländern. Dennoch blieben Maßnahmen gegen die Beamten in den meisten Fällen aus: Nur in acht Fällen wurden

konkrete Strafmaßnahmen ergriffen. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass in Griechenland, trotz einer hohen Anzahl an Vorwürfen, keine Beamten zur Rechenschaft gezogen wurden.

Die rechtlichen Konsequenzen für Grenzbeamte scheinen also sehr gering zu sein, was den ohnehin schon besorgniserregenden Eindruck von Straflosigkeit befeuert.

## **Die Herausforderungen für betroffene Personen**

Für viele Opfer von Menschenrechtsverletzungen gibt es kaum Möglichkeiten, Gerechtigkeit zu erfahren. Laut dem Bericht wenden sich zahlreiche Betroffene an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, da nationale Gerichte oft nicht die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Der Gerichtshof hat in der Vergangenheit bereits Missstände bei der Untersuchung von Vorfällen festgestellt, darunter tragische Ereignisse, bei denen mehrere Menschen ihr Leben verloren.

## **Forderungen zur Verbesserung der Situation**

Die FRA schlägt mehrere Maßnahmen vor, um die Situation an den EU-Außengrenzen zu verbessern. Dazu gehört die regelmäßige Offenlegung von Rechtsverlusten durch die Mitgliedstaaten sowie eine stärkere Einbindung der Opfer in die laufenden Ermittlungen. Außerdem wird gefordert, Zugriff auf GPS- und Handydaten von Grenzbeamten zu erhalten. Diese Daten könnten entscheidend sein, um Vorwürfen gegen die Beamten nachzugehen.

Diese Entwicklungen werfen ein Licht auf das dringend benötigte Handeln, das die EU und ihre Mitgliedstaaten prüfen sollten, um die Grundrechte aller Menschen an den Grenzen der Union zu schützen. Die Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten muss fortwährend auf die Agenda gesetzt

werden, um sicherzustellen, dass niemand ungestraft bleibt.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**